

## Eidg. Volksabstimmung vom 1. Juni 2008

### Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“

(as) Die Volksinitiative möchte die vom Bundesgericht als verfassungswidrig erklärten Einbürgerungsentscheide an der Urne wieder zulassen und eine Beschwerdemöglichkeit ausschliessen. Jede Gemeinde soll selber bestimmen können, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt.

#### So wird bei uns in der Gemeinde Rubigen eingebürgert

Wird ein Gesuch für das Schweizer Bürgerrecht gestellt, wird dieses zuerst durch die Verwaltung geprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass die gesetzlichen Bedingungen zur Erteilung des Bürgerrechts erfüllt sind. Anschliessend wird der Gesuchsteller eingeladen, mit einer Gemeinderatsdelegation (2-3 Personen) ein Gespräch zu führen. An diesem Gespräch wird nach den Beweggründen gefragt, weshalb der Gesuchsteller das Schweizer Bürgerrecht erlangen möchte. Im Weiteren wird angeschaut wie die Sprachkenntnisse sind und wie der Gesuchsteller beruflich und privat in der Gemeinde integriert ist. Wichtig ist, dass auch die Frau integriert ist, dass sie eine selbständige Meinung hat und nicht durch den Mann oder andere Familienmitglieder beeinflusst wird. Auch bei den Kindern wird geprüft, wie die Sprachkenntnisse sind und wie sie in der Schule und im Quartier integriert sind. Nach dem Gespräch erstellt die Gemeinderatsdelegation einen Bericht zu Händen des gesamten Gemeinderates. Der Gemeinderat entscheidet dann nach einem weiteren Gespräch mit den Kandidaten definitiv über die Einbürgerung. Bei Genehmigung des Gesuchs geht dieses weiter zum Kanton.

In Rubigen haben wir mit diesem Vorgehen gute Erfahrungen gemacht und sind der Meinung, dass die Einbürgerungen korrekt verlaufen.

#### Willkür und Diskriminierung vermeiden

Der Ständerat lehnt das Volksbegehren im Einklang mit dem Nationalrat ab, um willkürliche oder diskriminierende Entscheide zu vermeiden. Seiner Ansicht nach verstösst die Initiative auch gegen den Föderalismus, da der Bund über die Kantone hinweg unmittelbare Zuständigkeiten der Gemeinden festlegen würde.

#### Rubigen im Jahr 2030

(as) Es ist geschafft! Die Gemeinde Rubigen kann sich selber mit Energie versorgen. Die drei Kleinwasserkraftwerke, die Kompostgasanlage mit Wärme-Kraft-Kopplung, die Erdsonden und die Solaranlagen auf den unzähligen Hausdächern, sowie eine effiziente Kampagne für das Energiesparen haben dazu geführt, dass Rubigen unabhängig von internationalen Energiekonzernen ist. Aber das ist noch nicht alles. In den Schubladen der Gemeinde hat es noch weitere Projekte für die Energiegewinnung. Die Zukunft für die Gemeinde Rubigen ist gesichert.

Utopie oder eine mögliche Realität? Wer weiss, in ca. 20 Jahren werden wir es wissen. Der Anfang wurde auf jeden Fall schon gemacht: Mit der Solaranlage auf dem Schulhausgebäude. Solarstrom der Gemeinde Rubigen können Sie auf der Gemeindeverwaltung bestellen.

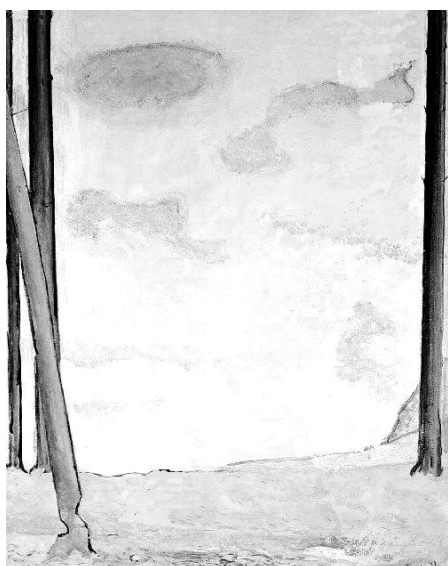
## Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ (sog. Maulkorbinitiative)

(*hs*) Stellen Sie sich vor, Sie haben sich im Kurier über die zur Abstimmung stehenden Traktanden der Gemeindeversammlung orientiert. Sie haben mit Interesse die Erklärungen der Behörden gelesen und kommen am Donnerstagabend in die Aula. Sie erwarten berechtigterweise Antworten auf Ihre Fragen. Doch nach knapper Darstellung der Sachlage und des Antrags sagt der Gemeinderat kein Wort mehr. Er darf nicht. Eine Diskussion kann zwar unter den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden, der Gemeinderat und die Verwaltung dürfen sich aber nicht mehr dazu äussern, dürfen keine Fragen mehr beantworten, ihre Standpunkte nicht weiter begründen.

Käme Ihnen das nicht auch völlig unsinnig vor?

Etwa so könnte eine Gemeindeversammlung aussehen, wenn man die zur Abstimmung stehende Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“, die die Informationspraxis bei Bundesabstimmungen neu regeln will, auf die Verhältnisse in der Gemeinde übertragen würde. Dies steht Gott sei Dank nicht zur Diskussion! Lassen Sie sich aber auch auf Bundesebene die Erklärungen der Landesregierung und der Bundesverwaltung nicht nehmen. Information ist keine Propaganda! Schützen Sie Ihre freie Willensbildung, indem Sie dieser unnötigen und gefährlichen Maulkorbinitiative eine Abfuhr erteilen!

## Mitteilung aus der Kunstszene



(*hs*) Der Holzfäller (Ferdinand Hodler) wurde entgegen anderslautenden Medienmitteilungen nicht aus dem Kunstmuseum gestohlen – er wurde am 12. Dezember 2007 abgewählt. Er erfreut sich bester Gesundheit und schlägt sein Holz nun nicht mehr in Bern sondern anderswo.

## Renaturierung in der Hunzikenau

(*as*) Ist die Renaturierung in der Hunzikenau nicht geglückt oder warum sind im Winter die Bagger bereits wieder aufgefahren? Als erstes vorneweg: Es ist ein gelungenes Bauwerk geworden, das Tag für Tag viele Spaziergänger erfreut und einen wichtigen Beitrag zum Hochwasserschutz leistet. Die Natur hat uns aber auch gleich wieder aufgezeigt, wo die Grenzen liegen. Lassen wir sie einfach gewähren, bedroht sie unsere Infrastruktur. Das Hochwasser hatte den Einlauf der Kläranlage freigelegt und den oberen Seitenarm von der Aare abgetrennt. Das musste korrigiert werden. Es ist gut, dass uns die Natur immer wieder unsere Grenzen aufzeigt. So werden wichtige Erfahrungen für die weiteren Renaturierungsschritte zwischen Thun und Bern gesammelt.

## Impressum

Der Rubikrat ist das Mitteilungsblatt der SP Rubigen. Er erscheint in lockerer Folge und kann nicht abonniert werden. Der SP beitreten kann man hingegen jederzeit. Die Kontaktadresse unseres Ko-Präsidenten lautet:

**Hans Schweri, Dorfmatte 409, 3113 Rubigen, Tel: 031 721 77 20, Mail: [hans.schweri@rubigen.ch](mailto:hans.schweri@rubigen.ch)**

An der aktuellen Ausgabe haben Alexander Schwindl (*as*) und Hans Schweri (*hs*) mitgearbeitet.